



Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung

Von der Neuerfindung eines alten Theorems

Die feministische Theorie postulierte zu Beginn der 1970er-Jahre, dass die grosse Stabilität und Durchsetzungskraft des Kapitalismus nicht einfach aus seiner Fähigkeit zur Mehrwertakkumulation bestand. Sie thematisierte schon damals, dass der Kapitalismus neben der ›normalen‹, rechtlich abgesicherten Ausbeutung der Lohnarbeit noch andere Formen der Ausbeutung kennt. Diese grenzen eher an Raub, als dass sie noch irgendwie als eine vertraglich geregelte Form der Ausbeutung zu bezeichnen wären. Die feministische Theorie stützte sich dabei auf Rosa Luxemburgs These, dass die von Marx so bezeichnete »primitive Akkumulation«, also die der kapitalistischen Produktionsweise vorangehenden Enteignung breiter Bevölkerungsschichten, nicht nur zu den ›Geburtswehen‹ des Kapitalismus gehörte, wie Marx meinte, sondern ein fortwährender Bestandteil der Mechanismen der Kapitalakkumulation auch in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften darstellt (Luxemburg 1978, 313/397). Mit dieser Idee einer fortwährenden primitiven Akkumulation (Mies 2009, 265) konnten die damaligen Theoretikerinnen arbeiten, um die auch unter kapitalistischen Verhältnissen fortbestehenden nichtkapitalistischen Produktionsweisen, allen voran die Hausarbeit, konzeptionell in ihrer Bedeutung für den Kapitalismus zu erfassen. Die These der sogenannten Hausarbeitsdebatte war, dass die unbezahlte Hausarbeit das – bis dahin von der linken Theorie vernachlässigte – Feld von Ausbeutungsverhältnissen darstellte, das nicht nur die Hierarchisierung zwischen Frauen und Männern fortbestehen liess, sondern der eigentliche, nichtgedachte Sockel des ›Eisberges‹ (Mies 2009, 275) war, auf dem die normale Ausbeutung der Lohnarbeit überhaupt erst fusste. Mit anderen Worten wurde postuliert, dass dieser Form der Ausbeutung eine andere, in ihrer Dimension viel weitergehende

Form von Ausbeutung zugrunde lag. Diese Thematisierung der Hausarbeit ist seit den 1970er-Jahren aus den feministischen und erst recht aus den linken Debatten weitgehend verschwunden¹.

Entsprechend interessiert haben wir die von David Harvey (2005)

Die Feministische Autorinnengruppe

ging aus der Autorinnengruppe Feministische Ökonomie hervor und besteht aus Tove Soiland, Ina Müller, Iris Bischel, Monika Maurer, Silvia Amsler, Susanna Johannsen, Susanne Dohrmann.



und Klaus Dörre (2009) angestossene Diskussion um das Theorem der Neuen Landnahme verfolgt. Denn es impliziert, dass nicht länger nur der Bluecollar-Arbeiter das hauptsächliche Subjekt antikapitalistischer Kämpfe darstellt, sondern ganz andere Akteure und vor allem Akteurinnen ins Blickfeld gelangen könnten. Was, so würde man meinen, läge da näher, als sich unumwunden darüber zu freuen, dass dieses Theorem der Neuen Landnahme, das für feministische Anliegen so zentral ist, den bereits für archiviert gehaltenen Kisten marxistischer Theoriebildung in neuem Gewand entsteigt, um sich heute einer zunehmend breiteren Rezeption zu erfreuen? Die Freude ist, es sei vorweggenommen, getrübt: So sucht frau vergeblich nach Hinweisen auf die feministischen Wurzeln der Thematisierung eines Fortbestehens von Formen primitiver Akkumulation. Nicht nur das: Eigentlich stossend an der heutigen Diskussion ist, dass das zentrale Thema, aufgrund dessen sich Feministinnen in den 1970er-Jahren auf Rosa Luxemburgs These stützten, hier weitgehend abwesend ist: Die Frage der Reproduktion als einem möglichen, vielleicht sogar dem zentralen Ort Neuer Landnahme², wird in der aktuellen Diskussion um das Fortbestehen von Formen primitiver Akkumulation nicht angesprochen.³

Dieser Beitrag schlägt deshalb eine feministische Wendung des Theorems der Neuen Landnahme vor, indem mit Silvia Federici (2012, 21ff) die gegenwärtige Restrukturierung der globalen Ökonomie auch oder sogar in erster Linie als massive Strukturanpassung für den Bereich der individuellen und sozialen Reproduktion verstanden werden kann, das heisst als eine Restrukturierung der Weise, in der sich die Menschen zu reproduzieren haben. Die These ist, dass heute gerade der Bereich der Reproduktion einem barbarischen Ressourcenentzug ausgesetzt ist, der von linker und kapitalismuskritischer Theoriebildung weitgehend unerkannt vor sich geht – unter anderem auch wegen mangelnder theoretischer Konzepte. Da dieser Ressourcenabzug heute jedoch nicht mehr nur die privaten Haushalte und die darin gratis verrichtete Hausarbeit betrifft, sondern auch – und vielleicht zunehmend vorrangig – die bezahlte Care-Arbeit, fragt der Beitrag auch danach, was der teilweise Übergang der vormals von Frauen in Haushalten gratis verrichteten Arbeit in die Lohnform für diese Arbeit bedeutet. Welche neuen Formen von Ausbeutung sind so entstanden respektive warum ist es heute gerade der bezahlte Care-Sektor, der von allen Seiten unter massiven Spardruck und somit neue Formen von Ausbeutung gerät? Der Beitrag versteht sich damit auch als Versuch, an die Hausarbeitsdebatte der 1970er-Jahre anzuknüpfen und diese für heutige, postfordistische Gesellschaften zu adaptieren. Er ist geleitet vom Wunsch, das feministisch



gewendete Theorem der Neuen Landnahme nutzbar zu machen für ein Verständnis dessen, was uns heute geschieht.

Rosa Luxemburg hat schon vor dem 1. Weltkrieg die Mehrwerttheorie von Marx erweitert. Marx ging davon aus, dass die Ausbeutung der lebendigen Arbeit zwar den Mehrwert schafft, die bezahlten Löhne jedoch gleichwohl so hoch sein müssten, dass sie zumindest die elementaren Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft vollständig abdecken. Rosa Luxemburg dehnt diese Grundannahme aus und weist darauf hin, dass ein kapitalistisches Wirtschaftssystem sich »nichtkapitalistische Produktionsmittel« (Luxemburg 1978, 306) andauernd aneignen muss, dass also »die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärts schreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet« (ebd., 315). »Raub« fand demnach nicht nur als Genesis beziehungsweise in der »Geburtsstunde des Kapitals« statt (Marx' »primäre Akkumulation«). In ihrer Analyse zeigt Luxemburg dies anhand der makroökonomischen Funktion des Kolonialismus auf, die in den 1910er-Jahren symptomatisch für die damalige Phase des Kapitalismus war. Geografische Landnahmen gingen einher mit Sklaverei und der Zerstörung von Subsistenz. Luxemburg betont dabei die Abhängigkeit des Kapitalismus von nichtkapitalistischen Produktionsweisen, und zwar nicht nur qua Absatzmarkt, sondern ebenso für die Erneuerung der Ware Arbeitskraft.⁴

Aktueller Stand der Diskussion um die Neue Landnahme

An diese These einer fortlaufenden primitiven Akkumulation schliesst die heutige Debatte um das Theorem der Neuen Landnahme an. Ausgangspunkt dieser Diskussion ist David Harveys These, dass die fortlaufende primitive Akkumulation im Lauf der Geschichte immer wieder ihre Gestalt ändert und daher heute nicht mehr in der historischen Form, etwa von Sklaverei und Landraub, stattfindet. David Harvey teilt einerseits mit Rosa Luxemburg die Einsicht, dass das kapitalistische System ein »Ausserhalb« braucht, um sich zu stabilisieren. Andererseits kritisiert er Luxemburgs Zusammenbruchsthese einschliesslich ihrer Prognose, dass es dem Kapitalismus nach Vollendung der stetigen Landnahmen früher oder später an äusseren Absatzmärkten fehlen werde (Unterkonsumtionsthese). Den erwarteten Zusammenbruch schildert Luxemburg jedoch nicht so monokausal, wie es Harvey auffasst. Sie erwähnt zwar »nichtkapitalistische soziale Schichten als Absatzmarkt« für die Realisierung des Mehrwerts, aber ebenso »als Bezugsquellen seiner



Produktionsmittel und als Reservoir der Arbeitskräfte für sein Lohnsystem« (1978, 316). Damit skizzierte Luxemburg bereits die Wechselbeziehung zwischen inneren und äusseren Räumen, die Harveys Theorie zugrunde liegt: »Äusserer Markt für das Kapital ist die nichtkapitalistische soziale Umgebung, die seine Produkte absorbiert und ihm Produktionselemente und Arbeitskräfte liefert« (ebd., 315).

Harvey fügt dem hinzu, dass es der Kapitalismus in fortgeschrittenem Stadium versteht, dieses Aussen laufend in seinem Innern neu hervorzubringen. Die Möglichkeit, ein Aussen erneut an Land zu nehmen, ist daher unbeschränkt. Die von Raub geprägte Beziehung zwischen einem Innen und einem Aussen verortet Harvey deshalb nicht mehr nur zwischen geografischen Räumen, sondern vor allem auch innerhalb dieser Räume, zwischen AkteurInnen und Positionen der kapitalistischen Gesellschaft selber. Das Aussen wird nie aufgebraucht, da es beständig neu ausgeschieden wird. Das stetig neu geschaffene Aussen bildet so in dialektischer Weise einen inneren Bestandteil des Kapitalismus selbst. Harvey prägt für diese Form fortlaufender primärer Akkumulation den Begriff der »Akkumulation durch Enteignung« (2005, 143).

Als heutige Beispiele solcher Landnahmen, die kein geografisches, sondern ein im Innern kapitalistischer Gesellschaften selbst entstandenes Aussen betreffen, nennt Harvey: Fusionen, Schuldknechtschaft, Plünderung von Rentenfonds, Biopiraterie, Kommodifizierung der Natur und die Privatisierung öffentlicher Güter wie Trinkwasser, Energie, Kommunikations- und Transportwege, Kollektivland sowie sozialer Einrichtungen (ebd., 145–147). Seit der Krise des Fordismus, so Harveys These, hat diese Art der Landnahme die erweiterte Reproduktion als dominierende Akkumulationsform abgelöst (ebd., 151).⁵

Für Harvey ist diese Form der Landnahme ein Mittel, mit dem die dem Spätkapitalismus inhärente Überakkumulationskrise entschärft werden kann. Solche Krisen bedeuten, dass das Kapital keine profitablen Anlagemöglichkeiten mehr findet. Der Überakkumulation kann begegnet werden, indem das Anlagen suchende Kapital in öffentliche Infrastrukturgüter investiert und damit absorbiert wird – das sind Güter, die später wieder an Land genommen werden können. Oder mit gezielten Entwertungen, die meist im Zuge von Finanzkrisen entstehen: Um eine leere Staatskasse zu füllen, wird etwa eine Eisenbahn billig an private Investoren verkauft, die mit beschränktem Leistungsauftrag und ohne sozialverträgliche Preispolitik grössere Gewinne erwirtschaften können als zuvor der Staat. Wenn Vermögenswerte weit unter ihrem Wert freigesetzt werden, kann das überakkumulierte Kapital wieder Profit erwirtschaften. Müsste das Kapital alle diese Güter zu ihrem realen



Wert kaufen, liessen sich keine Gewinne realisieren. Auch bestehende Kapitalvermögen und Arbeitskraft werden gezielt entwertet. Staatlich verordnete Austeritätsprogramme führen solche Entwertungen mittels Zinsraten und Kreditsystem lokal begrenzt herbei. Diese regionalen Krisen sind so aufeinander abgestimmt, dass kein umfassender Zusammenbruch des Systems folgt. Harvey sieht sie »als Hauptmittel des Kapitalismus, selbst ein ›anderes‹ zu schaffen, um sich daran gütlich zu tun« (ebd., 149). Weil Finanzkrisen also solche Entwertungen ermöglichen, sind sie ein probates Mittel, der Überakkumulationskrise zu begegnen. Daher sagt Harvey, dass das Finanzkapital und die Kreditinstitutionen, die unter dem Schutz staatlicher Mächte, allen voran der USA, operieren, »die Nabelschnur bilden, die die Akkumulation durch Enteignung mit der erweiterten Reproduktion verbindet« (ebd., 151).

An dieses Moment der staatlich-politischen Lenkung schliesst Dörre an, insofern er davon ausgeht, dass Landnahmen in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften keine gewaltförmigen Prozesse mehr sind, sondern eine politisch gelenkte und damit gewollte Form von Akkumulation durch Enteignung darstellen. Sein Fokus auf Formen der Enteignung innerhalb der Zentren des westlichen Kapitalismus lässt ihn die Innen-Aussen-Dialektik von Harvey nochmals spezifischer fassen: Landnahmen ergeben sich für Dörre vorrangig »im Wechselspiel von Marktöffnung und Marktbegrenzung« (2009, 46), das heisst von staatlich gelenkten De- und Re-Kommodifizierungsprozessen⁶. Dörre kommt deshalb zum Schluss, dass die heutige Form des Finanzmarktkapitalismus vorrangig »marktbegrenzende Institutionen zum Objekt einer neuen Landnahme macht« (ebd., 22). Das heisst, ein zentrales ›Aussen‹, das heute an Land genommen wird, sind die marktbegrenzenden Institutionen des Sozialstaates.

Dörre zeigt zunächst die Notwendigkeit von marktbegrenzenden Institutionen auf und folgert, der Kapitalismus könne als Marktwirtschaft nur funktionieren, weil er auf Staatsintervention, Bürokratisierung, der Anerkennung organisierter Interessen und einer partiellen Aufhebung von Konkurrenzverhältnissen beruhe (ebd., 35). Mit diesem Befund nimmt Dörre Harveys Konzept der »raum-zeitlichen Fixierung« auf, fokussiert dieses aber auf die Leistungen des Sozialstaates. Harvey beschreibt mit dem Begriff der raum-zeitlichen-Fixierung einen Prozess, in dem Kapital dem primären Kreislauf des Konsums entzogen und in langfristigen Investitionen fixiert wird, zum Beispiel in Fabriken und Verkehrswegen (sekundärer Kreislauf), aber auch in Wohnungen, Ausbildung, Forschung, Sozialem etc. (tertiärer Kreislauf) (Harvey 2005, 109; 2004, 184ff). Da die Rendite solcher Investitionen unsicher ist, muss



sie mitunter »der Staat als ideeller Gesamtkapitalist« (Dörre 2009, 42) tätigen. So werden diese nun öffentlichen Güter der privaten Verwertung entzogen, also in ein ›Aussen‹ verwandelt, mit dem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert werden könnte (ebd., 42f.). Das Ausscheiden der Vermögenswerte aus dem kapitalistischen Kreislauf geschieht hier mittels De-Kommodifizierung, also der Herausnahme bestimmter Wirtschaftstätigkeiten aus der Logik der Marktwirtschaft. Durch die langfristige Bindung von Überschusskapital kann zudem das Problem der Überakkumulation abgeschwächt werden. Die raum-zeitlichen Fixierungen von Kapital können bei Bedarf aber auch wieder beseitigt werden. Das heisst, die »Einhegungen der Marktvergesellschaftung« (ebd., 43), welche die »De-Kommodifizierungspolitiken« (ebd., 49) des fordistischen Sozialstaates darstellen, können zu einem späteren Zeitpunkt wieder an Land genommen werden.

Im sozial-bürokratischen Kapitalismus des Fordismus sah Dörre die Landnahme als Absorption des Arbeitskräftepotenzials eines traditionellen, agrarisch und kleinbetrieblich organisierten Wirtschaftssektors, als Integration zuvor besitzloser Arbeiterklassen in ein Regime der bürokratisch ›organisierten Zeit‹ und als ›Inkorporierung‹ organisierter Arbeitsinteressen in das fordistische Regulationsdispositiv in Form des sogenannten Klassenkompromisses (ebd., 47f.). Die weltmarkt- und gewinnorientierte Wirtschaft des Fordismus stand dabei im Austausch mit einem inneren Aussen, bestehend aus dem klein- und mittelbetrieblichen Sektor, einem ausgebauten öffentlichen Dienst, dem Non-Profit-Bereich, einem Hauswirtschafts- und einem informellen Sektor (ebd., 49). Die Krise des Fordismus brachte eine Veränderung in der Regulationsweise weg von der Kaufkrafterhaltung hin zur Steigerung der Profitraten (ebd., 51). Der Wohlfahrtsstaat mit seinem Sozialausbau und dem gesellschaftlichen Modell des Ernährerlohns fiel strikten inneren Austeritätsprogrammen⁷ zum Opfer, wodurch die aggressive Expansion in den Weltmarkt mit beschleunigter technologischer Modernisierung ermöglicht wurde. »Jene robusten Regulationen der Nachkriegsära, die eine weitreichende Institutionalisierung von Arbeitermacht beinhalteten«, wurden so »zum Objekt einer neuen kapitalistischen Landnahme, die (...) den kapitalistischen Reservearmee-mechanismus wiederbelebte« (ebd., 52f).

Zwar spricht Dörre davon, dass diese »finanzgetriebene Landnahme«, die das postfordistische System kennzeichnet, die »marktbegrenzenden Institutionen und Regulationssysteme« des Sozialstaates »umformt, aushöhlt und schwächt« (ebd., 54). Doch fokussiert er damit auf etwas ganz bestimmtes: Dörre verbindet mit dieser Landnahme in erster Linie die



Brechung der Arbeitermacht. So thematisiert er unter dieser »Hegemonie der finanzkapitalistischen Rationalität« (ebd., 59) die Aufkündigung von Tarifverträgen, eine generelle Wettbewerbskultur, die die Arbeitenden direkt an die Risiken des Marktes heranführt und so dessen Logik an diese »durchstellt« (ebd., 62f), die Verstetigung der Konkurrenz als generelles Regulationsdispositiv und die Demontage des Sozialbürgers durch den Aktionär. Damit bleibt jedoch etwas Zentrales im Dunkeln. Zwar bezeichnet Dörre diese »finanzkapitalistische Dynamik« als einen Mechanismus von Landnahme, der »auf eine Re-Kommodifizierung lebendiger Arbeit zielt« (ebd., 58). Doch weil er dabei in erster Linie auf die Prekarisierung der Normalarbeitsverhältnisse fokussiert, entnennt er den Umstand, dass die Re-Kommodifizierung eine gravierende Restrukturierung des ganzen Bereichs der Arbeitskraft-Reproduktion beinhaltet. Mit anderen Worten: Dörre thematisiert zwar die postfordistische Landnahme der sozialstaatlichen Einhegung der Marktvergesellschaftung, doch benennt er sie nicht als das, was sie in erster Linie ist: ein massiver Abzug von Ressourcen aus dem Bereich der Reproduktion. Unter dem Begriff »Re- und Entkommodifizierung von Arbeitskraft« (ebd., 44) verbirgt sich etwas, das Frauen unmittelbar betrifft, hier aber nicht wirklich ausformuliert wird: Ein Grossteil der Kosten der Reproduktion der Ware Arbeitskraft wird nicht mehr in Lohnbestandteilen abgegolten, sondern muss entweder mittels unbezahlter Arbeit in Haushalten oder durch das Einkufen entsprechender Leistungen auf dem Markt wettgemacht werden. In beiden Fällen handelt es sich um einen Entzug von Ressourcen, die den Haushalten vormals für die Reproduktion ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung standen. Ob das in Form unbezahlter Arbeit kompensiert wird, um die wegfallenden Leistungen des Staates aufzufangen, oder als zusätzliche Lohnarbeit, um die Leistungen teuer, da zunehmend ohne staatliche Unterstützung, auf dem Markt einzukaufen: In jedem Fall werden hier stillschweigend zeitliche und monetäre Ressourcen, die im Fordismus für die Reproduktion noch abgegolten wurden, angezapft, was – meist für Frauen – eine erhöhte Arbeitsbelastung zur Folge hat.

Vor allem Finanzkrisen, die Dörre wohl zu Recht als wesentlicher Bestandteil des »Modus Operandi« heutiger Landnahmen bezeichnet (ebd., 69), führen jedoch nicht nur zur Entwertung von Vermögenswerten, die das Kapital dann als billigen Bestandteil seiner Produktion wieder aufkaufen kann. Noch wesentlicher erscheint uns, was hier nicht erwähnt wird: Finanzkrisen gehen immer auch mit einer Staatsverschuldung und damit verbundenen Haushaltskürzungen einher, was Silvia Federici als Rückzug des Staates aus der Unterstützung des reproduktiven Bereichs



bezeichnet (2012, 78). Finanzkrisen schlagen nicht nur auf die Realökonomie zurück, wie Dörre sagt (2009, 77), sondern zwingen den Staat auch zu massiven Kürzungen seiner Beiträge an die individuelle und soziale Reproduktion, die folglich von den privaten Haushalten aufgefangen werden müssen.

Feministinnen sprachen von Hausfrauisierung

Mit ihrem Begriff der »Hausfrauisierung der Lohnarbeit« nahmen die Bielefelder Soziologinnen bereits zu Beginn der 1980er-Jahre die heutige Diskussion um die Prekarisierung vorweg, indem sie erkannten, dass auch der Bereich der »privaten« Reproduktion ein Ort möglicher Landnahme sein kann. Dieser erstmals von Claudia von Werlhof verwendete Begriff (1983, ursprünglich 81/82) meint eine Lohnarbeit, die weder von der Organisation noch von der Entlohnung her existenzsichernd ist; die Arbeit wird, wie die der Hausfrau, als »Zuverdienst« angesehen, obwohl sie es faktisch nicht ist. Mit dem Begriff der Hausfrauisierung verbanden die Bielefelderinnen schon damals eine Tendenz der Globalisierung, die nicht nur Frauen betraf, nämlich den generellen Übergang von Normalarbeitsverhältnissen, die eigentlich nur für die kurze Zeit des Fordismus galten, in deregulierte Formen der Lohnarbeit. Von Hausfrauisierung würden im Zuge der Globalisierung alle Erwerbstätigen betroffen sein, so die damalige Prognose der Bielefelderinnen (Mies 2009, 268/271f). Allerdings verbanden die Soziologinnen – und diesen Punkt möchten wir betonen – mit dieser Prognose die Frage, wie sich die Menschen unterhalb des eigentlich notwendigen Reproduktionsniveaus⁸ trotzdem reproduzieren. Um diese Frage zu beantworten, fanden Mies (1983) und Bennholdt-Thomsen (1981) den Begriff der »Subsistenzproduktion«. Sie meinten damit eine Überlebensökonomie, die gerade nicht eine antikapitalistische Insel darstellt, sondern laufend den Kapitalinteressen subsumiert wird. Arbeit im Bereich der Reproduktion ist Produktion, aber eine, die kaum als solche erscheint und daher stillschweigend an Land genommen werden kann, weil die geleistete Arbeit – da Menschen immer zu überleben versuchen – scheinbar »wie Luft und Wasser« gratis zur Verfügung steht. Mies betont deshalb, dass »Hausfrauisierung gleichbedeutend ist mit Externalisierung oder Exterritorialisierung der Kosten, die sonst von den Kapitalisten gedeckt werden müssten« (Mies 1988, 138).

Mit der These, dass dem Kapital die Möglichkeit zur Exterritorialisierung von Kosten eigen ist, lehnten sich die Bielefelderinnen, wie erwähnt, an Rosa Luxemburg an. Gleichzeitig erweiterten sie ihre These einer fortwährenden ursprünglichen Akkumulation: Mit dem Begriff der



›Subsistenzproduktion‹ postulierten sie bereits damals, dass es ein an Land genommenes ›Aussen‹ gibt, das nicht zwangsläufig ein geografisches Aussen sein muss, sondern sich eben – wie die spezifisch unter dem Kapitalismus erst entstandene Form von Hausarbeit – inmitten der kapitalistischen Zentren befindet. Damit formulierten sie bereits zu Beginn der 1980er-Jahre die Vorstellung, die heutige Diskussionen leitet: Der Kapitalismus bringt in seinem Innern laufend selber nichtkapitalistische Inseln hervor, die er später an Land nehmen kann, und zwar in Form einer Subsistenzproduktion, die sich gerade wegen der kapitalistischen Produktionsweise laufend erweitert.⁹

Rückblickend fasst Mies das, was sie damals theoretisch zu ergründen suchten, in das Bild einer ›Unterwasser-Ökonomie‹, in der die Lohnarbeit und damit die normale Form der Ausbeutung nur die ›Spitze des Eisbergs‹ ist, welcher auf einem unsichtbaren Sockel unbezahlter Subsistenzarbeit fusst und ganz anderen Formen von Enteignung ausgesetzt ist (Mies 2009, 275). Damit sagen die Bielefelderinnen nicht nur, dass es eine Ausbeutung gibt, die nicht lohnförmig ist und von ihrem Umfang her die Lohnarbeit bei weitem übersteigt, was das zentrale Theorem der heutigen Diskussion um Akkumulation durch Enteignung ist (Bennholdt-Thomsen 1981, 38; Mies 2009, 264). Darüber hinaus sahen sie es als Fehlwahrnehmung der damaligen Linken an, davon auszugehen, dass der Kapitalismus letztlich alle Menschen in Normalarbeitsverhältnisse und damit in die ›normale‹ Form der Ausbeutung integrieren würde. Das Voranschreiten des Kapitalismus führt im Gegenteil dazu, dass ein immer grösserer Teil der Bevölkerung wieder mehr unbezahlt leisten muss, um sich zu reproduzieren (Subsistenzproduktion).

Um dieses Phänomen zu bezeichnen, prägte Bennholdt-Thomsen den Begriff der »marginalen Masse« (1981, 43). Masse bedeutet, dass mittlerweile (in einem weit entwickelten Kapitalismus wie dem unsrigen) eine Mehrheit der Bevölkerung so funktionieren muss. Marginal bedeutet, dass diese Masse eine ›Randexistenz‹ führt, die jedoch zur »Normalität« wird. Für unsere Frage der Landnahme ist zentral, dass Bennholdt-Thomsen von dieser marginalen Masse nicht primär deshalb spricht, weil sie den Lohn drückt – der »Reservearmee-Mechanismus«, von dem Marx ausging und auf den sich auch Dörre bezieht (2009, 52). Vielmehr liegt die Bedeutung der marginalen Masse für Bennholdt-Thomsen darin, dass diese sich aus der Perspektive des Kapitals kostenlos reproduziert, aber dennoch je nach Bedarf wieder zur Verfügung steht. Ihre Reproduktionskosten sind damit in keiner Weise vom Kapital entschädigt, ein Umstand, den Marx kaum vorsah. Bennholdt-Thomsen dazu: »Da ein Teil der Bevölkerung die notwendige Subsistenzarbeit übernimmt,



ohne dem Kapital Kosten zu verursachen, erhöht sich dadurch die Möglichkeit der Aneignung von Mehrarbeit für das Kapital enorm. Die marginale Masse befindet sich nicht ausserhalb oder am Rande, sie bildet vielmehr einen integralen Bestandteil des kapitalistischen Systems.« Diese ›marginale Subsumption‹ bedeutet also, »dass nur ein minimaler Teil der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeit auf der Kapitalseite als Kosten erscheint« (1981, 44).

Die damalige Diskussion thematisierte zwar die Hausfrauisierung der Lohnarbeit. Was sie nicht thematisierte und was in den 1980ern auch noch nicht die heutige Virulenz hatte, ist, dass nun auch der bezahlte Care-Sektor einen Raum für hausfrauisierte Arbeitsverhältnisse bildet. Wir meinen deshalb, dass der Begriff der marginalen Masse fruchtbar ist, um die heutige Situation von Frauen im Allgemeinen und von Care-Giverinnen¹⁰ im Besonderen zu verstehen.

Neue Landnahmen in den bezahlten und unbezahlten Care-Bereichen

Bezahlte Care-Arbeit ist in der feministischen Diskussion um Reproduktionsarbeit seit Beginn der 1990er-Jahre erneut zentral. Obwohl die Kommodifizierung eines Teils der zuvor unentgeltlich geleisteten Haus- und Sorgearbeit auch in der Vorstellung der Frauenbewegung ein Schritt in Richtung eines egalitäreren Geschlechterverhältnisses war, muss rückblickend festgestellt werden, dass damit neue Segregationsmechanismen, die Geschlechter hierarchisieren, entstanden sind. Die feministische Ökonomie ergründet das Phänomen, weshalb der Care-Sektor im Rahmen kapitalistischer Produktionsweisen nur hausfrauisiert organisiert werden kann (Federici 2012, 73ff). Sie untersucht das komplexe Wechselverhältnis von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit in seinem Verhältnis zur Gesamtproduktion. Im Zentrum steht die Frage der ökonomischen Bedeutung dieser Landnahme.

»Der enorme Fortschritt der Technik und Arbeitsproduktivität in einigen Wirtschaftsbranchen und die nur begrenzt mögliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den ›nicht-fortschrittlichen‹ Branchen führen zu neuen Proportionen in der Erwerbsstruktur, der Staatsquote und der Kostenstruktur der ›reifen‹ kapitalistischen Wirtschaft« (Madörin 2011, 57). Care-Tätigkeiten sind ökonomisch gesehen ›nicht fortschrittlich‹. Sie sind personenbezogen, ortsgebunden und zeitintensiv, sie lassen sich nicht beschleunigen. Der Unterschied zwischen den Kosten für personenbezogene Dienstleistungen und für die Produktion von Gütern vergrößert sich zunehmend, da eine Effizienzsteigerung im Care-Bereich nur um den Preis eines Qualitätsverlustes möglich ist. Der Wirtschafts-



Theoretiker William Baumol prägte dafür bereits 1967 den Begriff der ›Kostenkrankheit‹ in den personenbezogenen Dienstleistungen (Madörin 2007, 149). Madörin spricht deshalb in Anlehnung an Baumol vom Problem der »divergierenden Produktivitäten« (Madörin 2011, 57). Von dieser Dynamik geht hauptsächlich der permanente Lohndruck auf den Care-Sektor aus, wo bekanntlich vor allem Frauen beschäftigt sind.

Während seiner Prosperitätsphase konnte der Fordismus solche schwer rationalisierbaren Arbeiten vom kapitalistischen Verwertungszusammenhang fernhalten (Chorus 2008, 49-57). Im Zuge der Fordismuskrise, die mit der Senkung der Reallöhne und einer damit verbundenen Abkehr vom Ernährerlohn einherging, waren Frauen dann zunehmend gezwungen, erwerbstätig zu werden. Dies führte zu einer Ausweitung des bezahlten Care-Sektors, denn Care-Arbeit, die bisher unbezahlt im Haushalt geleistet wurde, musste nun eingekauft und damit warenförmig angeboten werden. Chorus sieht in dieser vermeintlichen Lösung eine eigentliche Verschärfung des Problems der sinkenden Produktivitätssteigerung und fallenden Profitraten: Die serbelnde Wirtschaft wurde durch den wachsenden ›kostenkranken‹ Care-Sektor zusätzlich geschwächt. Chorus nennt diese Negativspirale das »doppelte Produktivitätsdilemma« (2007, 209; 2008, 64f, 78; 2011, 396). Die Verschärfung wird auch statistisch sichtbar: Je nach Berechnung umfasst der bezahlte Care-Sektor inzwischen 30 Prozent des gesamten bezahlten Arbeitsvolumens (in Arbeitsstunden) (Madörin 2007, 147; McDowell 2009, 37).

Die Verschiebung gewisser Care-Arbeiten in den bezahlten Sektor hat die Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in keiner Weise verbessert. Eine erwerbstätige Frau hat weniger Zeit für die unbezahlte Care-Arbeit zur Verfügung als früher, oder sie muss sie einkaufen, nach Möglichkeit zu einem tieferen Lohn als dem eigenen. So muss jede Erwerbstätige einen Verlust an Zeit oder an Qualität ihrer Subsistenzproduktion erleiden oder an andere – meist Frauen – weiterreichen. Das führt unausweichlich zu einer Negativspirale, die sich laufend zuspitzt. An deren Ende muss die individuelle Reproduktion in prekären Arbeitsverhältnissen erbracht werden oder ist gar nicht mehr gewährleistet (s. auch Donath, 2000). Ressourcen für die Reproduktion werden in Form von Zeit, Lohn oder Qualität Opfer der postfordistischen Landnahme. Die katastrophale Folge ist, dass »also nicht nur die Arbeitsproduktivitäten (Madörin, 2006) in den verschiedenen Sektoren der Geldökonomie, sondern auch die Lebens-, Konsum- und v.a. Care-Möglichkeiten verschiedener Typen oder Klassen von Lohnabhängigen« (Chorus 2011, 398) auseinanderdriften. Immer mehr Menschen fehlen sowohl die Zeit, um



die Care-Arbeiten selbst zu erbringen, als auch die finanziellen Mittel, um sie kaufen zu können. Dieser Doppelmechanismus wirkt sich negativ auf den individuellen Lebensstandard und den gesellschaftlichen Wohlstand aus.

Nicht zufällig zielen neoliberale Politiken in diesem Sektor darauf, die Bereitstellung personenbezogener Dienstleistungen an die Logik der Güterproduktion anzupassen. Wenn private Anbieter vormals staatlicher Care-Dienstleistungen »Gewinne verzeichnen, beruhen diese dann nicht allein auf der Ausnutzung der Care-Arbeitskraft, sondern auch auf den sozialstaatlichen Transferleistungen an die Nachfrageseite. [oder direkt an die Anbieter. Anm. der Autorinnen]. Insofern handelt es sich hier nicht allein um eine Akkumulation durch Mehrwertproduktion und Aneignung, sondern auch um eine Akkumulation durch die Umverteilung von öffentlichen Geldern in die private Hand von Care-Dienstleistungsunternehmen, also um eine Form der ›Akkumulation durch Enteignung‹ (Chorus 2011, 398). Das war nur möglich durch »grundlegende Verschiebungen in der Logik überhaupt von Sozialstaatlichkeit« (Brodie 2004, 19). In einer Neuverhandlung dessen, was in den Bereich des Privaten fällt, fand »die Verschiebung von Verantwortung aus dem Öffentlichen und Kollektiven zur Familie und den Individuen« statt (Brodie 2004, 23). Die gegenwärtigen Restrukturierungen zielen auf die gleichzeitige »Auslöschung und die Neu-Einsetzung von Frauen als hauptsächliches Subjekt sozialstaatlicher Reformen« ab, indem erstens Frauen zwar spezifische Aufgaben zugesprochen werden, ihre geschlechtsspezifische Adressierung aber gleichzeitig unsichtbar gemacht wird. Und zweitens wird die unbezahlte Arbeit, die im Bereich sozialer Reproduktion geleistet wird, »aus allen Kalkulationen« ausgeschlossen (Brodie 2004, 25). Wenn Geschlecht als organisierendes Prinzip vom Sozialstaat so verneint wird, ist es für die Frauen zunehmend schwierig, kollektiv Forderungen bezüglich Gleichheit, Ressourcen oder Sicherheit zu stellen (Brodie 2004, 27).

Die geforderte geschlechtsunspezifische Arbeitsmarkttauglichkeit von Frauen wird torpediert durch die neoliberalen Restrukturierungen des Sozialstaates, findet aber auch keine Entsprechung im privaten Bereich, wo die unbezahlten Care-Pflichten immer noch vor allem an den Frauen hängen bleiben.

Auswirkungen der Landnahmen: Weniger Zeit, Geld und Qualität im Care-Bereich

Landnahmen im Care-Bereich finden jenseits der normalen Mehrwertausbeutung statt. Sie werden erzielt durch Standardisierung, Rationali-



sierung und Prekarisierung von personenbezogenen Dienstleistungen. Ihre Methoden sind die Quantifizierung und Zerstückelung personenbezogener Abläufe sowie die Hierarchisierung/Unterschichtung mit der Folge, dass nicht quantifizierbare Care-Anteile unerledigt bleiben und somit wieder unbezahlt geleistet werden müssen – sei es am Arbeitsplatz ausserhalb der Arbeitszeit oder im Privathaushalt. Zur Veranschaulichung einiger Mechanismen von Landnahmen im Care-Bereich skizzieren wir nachfolgend einige Beispiele aus unseren Lebensbereichen. Sie verdeutlichen, wie insbesondere Strategien und Methoden des neoliberalen Managements die Landnahmen im Care-Bereich vorantreiben.

Weil der bezahlte Care-Sektor quantitativ wächst wie kaum ein anderer, reagiert der Staat mit Austeritätsprogrammen, die gerade diesen Sektor dramatisch treffen. Mit neoliberalen Argumenten rechtfertigt er den relativen Abbau von Ressourcen im Care-Bereich. Cash-Transferleistungen in den Gesundheits- und Sozialbereich werden gekürzt. Selbst in staatlichen Gesundheits- und Sozialinstitutionen wird aus Kostengründen versucht, Methoden zur Effizienz- und Produktivitätssteigerung anzuwenden. Gleichzeitig bieten zunehmend privatwirtschaftliche Unternehmen ausgewählte soziale und pflegerische Angebote in Bereichen, die sie als rentabel ansehen und welche die Bedarfslücken füllen, die durch den Rückzug des Staates entstanden sind. Weil die Personalkosten im Care-Bereich einen im Vergleich zur Industrie sehr hohen Anteil ausmachen, wird massives Lohndumping betrieben, um trotzdem Profite zu erzielen. Da der grösste Teil der erwerbstätigen Frauen in den Dienstleistungssektoren Gesundheit und Soziales arbeitet, sind wiederum überwiegend sie davon betroffen.

Die für die Güterproduktion entwickelten Messinstrumente werden unter dem Vorwand der Qualitätssicherung und Professionalisierung vermehrt auch im Gesundheits- und Sozialbereich angewendet. Das Ziel ist, Lohnkosten einzusparen. Um Aufgaben messbar zu machen, werden sie standardisiert, das heisst Tätigkeiten werden in Einzelhandlungen zerlegt. Dies hat zur Folge, dass für nicht erfasste und nicht standardisierbare Tätigkeiten und/oder Unvorhergesehenes keine Zeit mehr zur Verfügung steht.

Im Hortwesen¹¹ in der Stadt Zürich ist beispielhaft ersichtlich, wie Landnahmen durch quantitative Messinstrumente und Standardisierungen vor sich gehen. Dank einer Volksinitiative müssen die Zürcher Schulen für jedes Volksschulkind einen Betreuungsplatz anbieten. Dieser lang erkämpfte Ausbau der Kinderbetreuung soll einen Jahrzehnte alten Bedarf endlich decken. Real jedoch wird der quantitative Ausbau



auf Kosten der Betreuungsqualität und der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Platzverhältnisse werden ›verdichtet‹ beziehungsweise verengt und von der internationalen Minimalempfehlung von vier Quadratmetern Fläche pro Kind teilweise auf zwei Quadratmeter halbiert. Dienstpläne und Einsatzorte werden flexibilisiert, die bisher fixe Arbeitszeit auf flexible Jahresarbeitszeit mit wechselnden Dienstplänen umgestellt, was in der Folge die Stabilität und Kontinuität der Beziehungsarbeit untergräbt und kooperative Betreuungsteams zerschlägt. Hortleiterinnen erleiden dadurch eine massive Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Zusätzlich zu dem grossen Mehraufwand, den das Betreuungspersonal infolge steigender Kinderzahlen bei gleichbleibenden Ressourcen und Räumen seit Jahren mit viel Erfindungsgeist und Engagement leistet, soll es nun eine ersatzlose Streichung des bisherigen Anspruchs auf Extra-Ferien hinnehmen, was einer Lohnsenkung von bis zu sechs Prozent entspricht. Der Kern einer guten Kinderbetreuung, nämlich Zeit und Raum für Beziehung, wird dabei systematisch ausgehöhlt. Der Raum für die Kinder, um sich zu bewegen und auszutoben, wird immer enger, und die Zeit für Zuwendung und die Förderung der Entwicklung (gruppendynamische Prozesse, faires Austragen von Konflikten, etc.) entspricht nicht den Managementvorstellungen von einem effizienten, produktiven und schlanken Staat. Die unbefriedigten Bedürfnisse der Kinder müssen dann am Abend die Eltern (meist die Mütter) auffangen.

Auch am Beispiel der sogenannten Live-ins (Menschen, die 24-Stundenbetreuung in Privathaushalten leisten) wird die Landnahme an Zeit und Qualität deutlich. Die Polin Bozena Domanska¹² betreut in der Schweiz zu einem skandalös tiefen Lohn während mehrerer Wochen ununterbrochen 24 Stunden pro Tag einen alten Menschen und ist deshalb gezwungen, ihre eigenen Eltern in Polen in ein Altersheim zu geben. Der polnische Staat ist ebenfalls durch EU-Austeritätsprogramme unter Druck – so werden Domanskas Eltern im polnischen Altersheim zusammen mit weiteren 28 SeniorInnen von insgesamt zwei Hilfspflegerkräften betreut. Dank des Schweizer Lohns kann sich die polnische Hausangestellte den privaten Kostenanteil für das Altersheim leisten.

Mit der Standardisierung und Zerlegung der Arbeit in einzelne Schritte werden einer verstärkten Hierarchisierung und damit Unterschichtung¹³ Tür und Tor geöffnet. Das lässt sich an unzähligen Beispielen von Angestellten in der Pflege oder Betreuung illustrieren. So werden beispielsweise in der Kinderbetreuung vermehrt tiefer entlohnte Fachpersonen Betreuung (FaBe) oder im Spital Fachpersonen Gesundheit (FaGe) eingesetzt. Sie ergänzen und ersetzen diplomiertes Personal, deren



Aufgaben sich mehr und mehr zu Organisation, Delegation und Kontrolle verschieben. Auch dies bedeutet eine Spaltung der Arbeitsabläufe. Was ein Mensch vermeintlich braucht, wird auf rationalisier- und standardisierbare Handreichungen reduziert, damit die »einfacheren« Tätigkeiten an schlechter qualifiziertes und somit schlechter bezahltes Personal delegiert werden kann. So erhalten die Unterschichteten zu tiefe Löhne für die anspruchsvolle, hochkomplexe und unter diesem Druck belastende Care-Arbeit, und für die Überschichteten resultiert ein größerer Lohndruck, da sie sukzessive durch noch niedriger Entlohnte ersetzt werden. Damit wird zusätzlich das Ausbildungsniveau von Institutionen gesenkt.

Auch in der Pflege werden Landnahmen durch die Zerstückelung in losgelöste Einzelhandlungen und die damit ermöglichte Unterschichtung erzielt. Mit Stellenabbau und der Reduktion von gut ausgebildeten Fachpersonen, kürzeren Aufenthaltsdauern von PatientInnen und somit komplexeren Pflegesituationen für Spitex und Altersheime etc. wird das Personal an den Rand seines Leistungsvermögens gebracht. Kontinuierlich bleiben Care-Giverinnen hinter dem Anspruch einer guten Pflege/Betreuung, wie er einst gelernt wurde, zurück. Das ist frustrierend und treibt Care-Giverinnen in ethische Dissonanz. Kein Mensch erträgt auf Dauer solche Situationen, ohne krank zu werden oder Methoden zu entwickeln, um sich dem Druck zu entziehen oder ihn eben weiterzugeben. Als Problemlösung wird Abgrenzung und Entsolidarisierung angeboten. Abgrenzung wird durch die Aufspaltung der Tätigkeiten eingeführt: Zum Beispiel ist für Spritzen geben nur noch MitarbeiterIn A zuständig, für Körperpflege MitarbeiterIn B, fürs Essen die Gastronomieangestellte C, fürs Putzen die hauswirtschaftliche Angestellte D etc. Die Aufsplitterung der Tätigkeiten wird dermassen ad absurdum geführt, dass es in einem Spitalzimmer zugeht wie auf einem Bahnhof.

Mit der Aufspaltung bestimmter Tätigkeiten und unter dem permanenten Zeitdruck geht das zentrale Element von Care verloren, nämlich die zwischenmenschliche Beziehungsarbeit und ihr Sinn, sich an die Seite von jemanden zu stellen, auf sie/ihn spontan einzugehen, für sie/ihn zu sorgen, sie/ihn zu begleiten, zu ermutigen, zu ermächtigen, zu trösten, aufzumuntern – kurz: präsent und empathisch zu sein.

Wenn aber jede MitarbeiterIn in einem ehemals kooperativen Team nur noch für ihren eigenen Teilbereich zuständig ist, ist sie/er nicht mehr zuständig, wenn die anderen ihren Teil der Arbeit nicht erfüllen und so einE PatientIn buchstäblich in ihrer/seiner Scheisse liegen bleibt. Der auf Unterstützung angewiesene Mensch verschwindet durch das mentale sich Abwenden des Personals. Die Entsolidarisierung ehemals ko-



operativer Teams wird zusätzlich durch den Umstand verstärkt, dass Leistungsbeurteilungen lohnwirksam gemacht und die Mitarbeitenden in die Rolle von konkurrierenden EinzelkämpferInnen gedrängt werden.

Entsolidarisierung wird auch im öffentlichen Diskurs seit Längerem mit Schlagwörtern wie Kostenverursacher, Bedarf, Eigenverantwortung, ›fördern und fordern‹ vorbereitet. Menschen sind also nicht mehr krank und angewiesen auf Unterstützung, sondern werden zu eigenverantwortlichen KostenverursacherInnen degradiert. In diesem Klima ist es nicht verwunderlich, dass Pflegende ihre Unzufriedenheit ausdrücken, indem sie Bedürfnisse von Patientinnen als übertriebene Forderungen empfinden, ungeduldig reagieren oder gegen Unterschichtete agieren.

Dass auch die Sozialversicherungen Reproduktionsarbeiten nicht einkalkulieren, zeigt das Beispiel einer allein erziehenden Pflegeassistentin. Infolge der Flexibilisierung der Arbeitspläne war ihre vormals familienkompatible 60-Prozentstelle belastend geworden, da die Kinder nun oft allein zuhause waren. Die Verdichtung der Arbeit im Spital laugte sie zusätzlich aus, so dass für die Care-Arbeit zu Hause zu wenig Energie übrig blieb. In der Folge erlitt die Frau ein Burn-out. Für die Wiedereingliederung forderte die IV (schweizerische Invalidenversicherung), dass sie wochentags für Einsätze voll zur Verfügung stünde, andernfalls könne sie vom IV-Angebot nicht profitieren. Mit dem IV-Taggeld in der Höhe von 80 Prozent des letzten Lohnes plus Kindergeld konnte sie jedoch die dafür nötige ausserfamiliäre Kinderbetreuung nicht bezahlen. Damit war sie am selben Punkt wie zuvor im Spital.

Das riesige Volumen der unbezahlten Care-Arbeit kann nur erbracht werden, wenn ein Teil der Bevölkerung keine Vollzeitstellen annimmt und damit neben Einkommenseinbussen weitere Nachteile in Kauf nehmen muss wie Kürzungen an der sozialen Sicherung. Ein Beispiel ist die Eintrittsschwelle bei den Pensionskassen. Das Sozialversicherungssystem basiert noch immer auf einer für viele unrealistischen Normalarbeitsbiografie mit einer lebenslangen Vollzeitstelle, was bei Frauen in den seltensten Fällen zutrifft.

Ein weiterer Effekt solcher Landnahmen ist, dass unter dem Vorwand, Care-Bereiche vermeintlich effizienter und ›wirtschaftlicher‹ zu gestalten, dem Personal Ressourcen entzogen und zugunsten von Management, aufgeblähter, administrativer Abläufe und IT umverteilt werden. Ein Teil der vermeintlichen Einsparungen frisst die Teppichetage also gleich wieder weg; allerdings fließen sie teilweise in sogenannte wertschöpfungsstarke Bereiche wie die IT, wo wiederum Renditen abgezogen werden.



Fazit

In der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung trägt die Frau nach wie vor die Hauptlast der unbezahlten Care-Arbeit. Da sie nun zusätzlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht, bleibt ihr für die unbezahlte Care-Arbeit weniger Zeit. Die Frau sieht sich gezwungen, Care-Arbeit auszulagern oder extern einzukaufen – bei Krippen, Tagesmüttern, Pflegeheimen, Hausarbeiterinnen. Mit ihrem Teilzeitlohn finanziell stark eingeschränkt, entscheidet sie sich für eine kostengünstige Möglichkeit – was wiederum den Lohndruck im bezahlten Care-Bereich erhöht.

Die feministische Interpretation des Theorems der Neuen Landnahme erklärt die aktuelle globale Strukturanpassung im reproduktiven Bereich. Auch hierzulande führt die Kommodifizierung von immer mehr Care-Arbeiten in Kombination mit Spardruck zu neuen Formen der Ausbeutung im bezahlten und unbezahlten Care-Sektor. Betroffen sind vor allem Frauen. Die von den Bielefelderinnen initiierte Hausarbeitsdebatte Anfang der 1980er-Jahre ist hilfreich für die Erklärung heutiger Vorgänge. Hausfrauisierte Erwerbsarbeit vermag die Reproduktionskosten nicht zu decken. Und Bennholdt-Thomsens Konzept der marginalen Masse zeigt, dass diese sich für das Kapital zeitweilig kostenlos reproduziert und dabei dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Allerdings wird es für die marginale Masse infolge der aktuellen Restrukturierungen sowohl zeitlich als auch finanziell deutlich prekärer, weil sie aus neoliberaler Sicht eine Art Allmende zu sein scheint, in der beliebige Teile brach liegen und/oder Land genommen werden kann. Wir halten fest, dass vor allem Frauen als Care-Giverinnen, bezahlt und unbezahlt, viel stärker betroffen sind, was aber mit der neoliberalen Negierung des Geschlechts verschleiert wird.

Die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit liegt vorwiegend in Frauenhand. Sie besteht aus wertschöpfungsschwachen Tätigkeiten. Deshalb braucht es aus feministischer Sicht Systemtransformationen als Ausgleich zwischen den wertschöpfungsstarken und wertschöpfungsschwachen Sektoren zugunsten gesellschaftlichen Wohlstands. Das Phänomen der divergierenden Produktivitäten, das unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig entsteht, muss als wirtschaftliches Problem angegangen werden, und zwar nicht durch Entsolidarisierung, Individualisierung oder Stigmatisierung. So soll der Ausgleich nicht Sozialhilfe sein, sondern explizit zwischen den Sektoren stattfinden, etwa über Abgaben oder Steuern. Eine höhere Unternehmenssteuer müsste zwischen Betrieben im wertschöpfungsstarken und im wertschöpfungsschwachen Sektor unterscheiden. Die Erhöhung von Unternehmenssteuern allein würde volumenmässig aber kaum ausreichen. Alle Menschen, die im



wertschöpfungsstarken Sektor tätig sind, profitieren letztlich von den prekarierten Verhältnissen im Care-Sektor und sollten zu dessen besserer finanzieller Ausstattung beitragen. Es ist entscheidend zu erkennen, dass der notorische Zeitmangel der Haushalte und der schlechende Qualitätsverlust in den bezahlten wie den unbezahlten Care-Bereichen nicht von individuellem Versagen herrühren, sondern dass es sich vielmehr um einen ökonomischen Landnahme-Prozess handelt, der durchbrochen werden muss.

Anmerkungen

- 1 Die Frage der Hausarbeit wurde im Rahmen der feministischen Ökonomie seit den 1990er-Jahren unter dem Stichwort Care wieder aufgenommen. Sie wird hier jedoch selten unter dem Aspekt der Landnahme thematisiert.



- 2 Diese Ansicht äussert auch Nollmann 2007, 63ff.
- 3 Dörre/Haubner 2012 als neuester Beitrag in dieser Debatte nehmen das Thema der Reproduktion mit Hinweis auf die frühe feministische Landnahme-Konzeption zwar auf, thematisieren es aber nicht als namhafte ökonomische Ressource einer neuen Landnahme, sondern als »symbolische Abwertung von Frauen- und Reproduktionsarbeit« (68f/90).
- 4 »Wir sehen jedoch, dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten angewiesen ist. Dieses Verhältnis erschöpft sich nicht durch die nackte Frage des Absatzmarktes für das ›überschüssige Produkt‹ (...). Der Akkumulationsprozess des Kapitals ist durch alle seine Wertbeziehungen und Sachbeziehungen: konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert, an nichtkapitalistische Produktionsformen gebunden. Letztere bilden das gegebene historische Milieu jenes Prozesses. Die Kapitalakkumulation kann so wenig unter der Voraussetzung der ausschliesslichen und absoluten Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise dargestellt werden, dass sie vielmehr ohne das nichtkapitalistische Milieu in jeder Hinsicht undenkbar ist.« (Luxemburg 1978, 313f).
- 5 Mit »erweiterter Reproduktion« meinte Marx, dass die Kapitalverhältnisse sich selber nicht nur reproduzieren, sondern sich laufend erweitern, indem die aus dem extrahierten Mehrwert gewonnenen Profite in Produktionsmittel reinvestiert werden. Das heisst, die Menge des Kapitals, das zu Zwecken der Mehrwertakkumulation eingesetzt wird, erweitert sich laufend. Marx verband mit diesem Begriff die Vorstellung, dass nach dem Sündenfall der ursprünglichen Akkumulation der Kapitalismus quasi in einem geschlossenen Kreislauf sich selber reproduzieren kann, ohne auf aussenstehende Ressourcen zurückzugreifen. Genau diese Vorstellung stellt die Diskussion um Neue Landnahme in Frage. Dieser Reproduktionsbegriff ist von der »Reproduktion der Ware Arbeitskraft« zu unterscheiden. Marx verwendet beide Begriffe, da letztlich die Frage der Reproduktion der Ware Arbeitskraft auch die Frage der Reproduktion der Kapitalverhältnisse betrifft.
- 6 Dekommodifizierung meint die wohlfahrtsstaatliche Praxis, Dienstleistungen aus der reinen Marktlogik herauszunehmen, indem beispielsweise der Staat diese Dienstleistungen selber anbietet oder in anderer Weise subventioniert. Hier müssen auch keine privatwirtschaftlichen Profite erzielt werden. Nicht alle Lohnarbeit ist folglich kommodifiziert, sondern nur jene, die der Logik des Marktes ungeschützt, also ohne marktbegrenzende Mechanismen des Sozialstaates ausgesetzt sind. Re-Kommodifizierung bezeichnet umgekehrt die Preisgabe vormals staatlich unterstützter Dienstleistungen an die Logik des freien Marktes, beispielsweise wenn im Zuge des Rückbaus des Sozialstaates öffentliche Dienstleistungen von privaten Anbietern übernommen werden und die Bezüger diese selber finanzieren müssen.
- 7 Zum Beispiel Sozialabbau zugunsten von Steuersenkungen.
- 8 Marx ging davon aus, dass der Lohn zumindest alle Güter, die zur Reproduktion des Arbeiters und seiner Kinder notwendig sind, enthalten müsse. Er bestimmt so den Wert der Ware Arbeitskraft. Marx theoretisierte damit aber nicht den Umstand, dass viele Arbeiter nicht ununterbrochen in der Lohnarbeit tätig sind, sich aber auch in der Zeit dazwischen reproduzieren. In dieser so verstandenen Reproduktion ist die Arbeit von familiären Netzwerken zentral, die eben vom Theorem der Landnahme und im Konzept der marginalen Masse ins Blickfeld genommen wird.
- 9 Maria Mies verwendete für diese »Innen-Aussen-Dialektik« den Begriff der »inneren Kolonie« (1988, 138, 1983, 117).
- 10 Wir benutzen hier die weibliche Form, wenn es um Care-ArbeiterInnen geht. Die wenigen männlichen Care-Givers sind mitgemeint.
- 11 Schulische Tagesbetreuung heisst in der Deutschschweiz Hort – in Abgrenzung zu auserschulischen, meist privaten Krippen (Kita).
- 12 Sie tritt im Dokumentarfilm »Hilfe aus dem Osten – Pflegemigrantinnen in der Schweiz« auf, der am 20. Juni um 20.05 Uhr auf SRF 1 ausgestrahlt wurde.
- 13 Soziologischer Begriff, der eine Erweiterung der Schichthierarchie durch Hinzukommen einer neuen untersten Schicht bezeichnet



Literatur

- Bennholdt-Thomsen, Veronika: 1981: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion. In H.G. Backhaus et al. (Hrsg.): Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 14/1981. Frankfurt. S. 30-51.
- Brodie, Janine: Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: Widerspruch 46, Jg. 24, Nr. 1/2004, S. 19-32.
- Chorus, Silke: Who Cares? Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenarbeit. Regulationstheoretische Sehkorrekturen. In: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung. Jg. 25, Nr. 2/2007, S. 202- 216.
- Chorus, Silke: Ökonomie und Geschlecht? Regulationstheorie und Geschlechterverhältnisse im Fordismus und Postfordismus. VDM Verlag 2008.
- Chorus, Silke: Care-Seiten in der politischen Ökonomie. In: Das Argument 292 (Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie), Jg. 53, Heft 3/2011, S. 392-401.
- Dörre, Klaus: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus; Stephan Lessenich; Hartmut Rosa: Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M. 2009. S. 21-86.
- Dörre, Klaus; Tine Haubner: Landnahme durch Bewährungsproben – ein Konzept für die Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus; Dieter Sauer; Volker Wittke: Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt 2012. S. 63-108.
- Federici, Silvia: The reproduction of labour-power in the global economy. Marxist theory and the unfinished feminist revolution. Reading for January 27/2009, UC Santa Cruz seminar. (Deutsch) Federici, Silvia: Die Reproduktion der Arbeitskraft im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. In: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen, Band 1, Münster 2012, S. 21-86.
- Harvey, David: Die Geographie des ›neuen‹ Imperialismus. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004, S. 183-216.
- Harvey, David: Der neue Imperialismus. Hamburg 2005.
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Band 5 – Ökonomische Schriften. Ostberlin 1978 (1912), insbesondere S. 305-308; 311-316; 363-365.
- Madörin, Mascha: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj Th.: M. Tullney (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg 2006, S. 277-299.
- Madörin, Mascha: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz-Jahrbuch 2007: Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung. edition 8, Zürich, S. 141-162.
- Madörin, Mascha: Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: Denknetz-Jahrbuch 2011, edition 8, Zürich, S. 56-70.
- McDowell, Linda: The Rise of the Service Economy. In: dies: Working Bodies. Interactive Service Employment and Workplace Identities. Wiley-Blackwell 2009, S. 25-48.
- Mies, Maria: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10-1983, Jg. 6, S. 115-124.
- Mies, Maria: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich 1988.
- Mies, Maria: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzproduktion. In: Von der Linden, Marcel; Karl Heinz Roth: Über Marx hinaus. Hamburg 2009, S. 255-290.
- Nollmann, Gerd: Die neue Landnahme des Geldes. Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsraten und Kommodifizierung von Familienarbeit in OECD-Ländern. In: Kleemann, Paul (Hrsg.): Die Geldgesellschaft und ihr Glaube. Ein interdisziplinärer Polylog. Wiesbaden 2007, S. 57-74.
- Von Werlthof, Claudia: 1983: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau. In: Von Werlthof, Claudia; Maria Mies; Veronika Bennholdt-Thomsen (Hrsg.): Frauen, die letzte Kolonie. Die Zukunft der Arbeit 4/1983, Hamburg, S. 113-136.